

# „VW bietet nur Almosen“

**SPIEGEL-Gespräch** US-Anwalt Michael Hausfeld will für Tausende Volkswagen-Kunden in Europa Schadensersatz erstreiten – und empfiehlt ihnen, ihre Autos so schnell wie möglich loszuwerden.



ANDREA G. FESTWANG / VISUM

**Anwalt Hausfeld:** „Unternehmen wie VW nennen wir ‚Zwing-mich-Konzerne‘“

**Hausfeld, 71,** tritt an, wenn die Gegner groß und die Chancen klein scheinen. Der Washingtoner Anwalt legte sich mit der Tabakindustrie und den Schweizer Banken an. Er klagte gegen den Öriesen Exxon, nachdem ein Großtanker die Strände Alaskas verpestet hatte. Zusammen mit Kollegen trotzte er der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft einen Fünf-Milliarden-Euro-Fonds zur Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern ab. Nun hat Hausfeld VW im Visier – in Europa vertritt seine Kanzlei über 20 000 Kunden, die Schadensersatz wegen der Schummelmotoren wollen. Mit Rucksack und Schirmmütze kommt der hagere Mann an diesem Januarmorgen vom gegenüberliegenden Starbucks-Laden in die Berliner Dependence seiner Kanzlei am Ku'damm. Es ist noch vor acht Uhr.

**SPIEGEL:** Herr Hausfeld, Sie beginnen gern zeitig?

**Hausfeld:** Ja, ich stehe immer früh auf, so gegen sechs. Ich mag die Ruhe morgens im Büro. Ein Freund fragte mich neulich, warum ich mir das noch jeden Tag antue. Ich glaube, es ist simpel – ich mach das so, weil ich es noch kann.

**SPIEGEL:** Sie haben sich früh um Fälle von Diskriminierung und Ausbeutung gekümmert und galten als „Anwalt des letzten Auswegs“, wie es Ihr langjähriger Partner Jerry Cohen formulierte. Fälle sexueller Belästigung in Unternehmen oder Klagen zugunsten asiatischer Zwangsprostituierten im Zweiten Weltkrieg versprachen weder viel Geld noch Ruhm. Warum übernahmen Sie sie dennoch?

**Hausfeld:** Es ging einfach darum, diesen Menschen eine Stimme zu geben, den Rechtsweg für sie zu öffnen und zu zeigen, dass es derartige Fälle der Zwangsprostitution gegeben hat. Das wurde ja vielfach bestritten.

**SPIEGEL:** Warum sind diese Mandanten zu Ihnen gekommen?

**Hausfeld:** Das hatte wohl wirklich damit zu tun, dass sich unsere kleine Kanzlei damals dieser Fälle annahm. Wir waren oft die Einzigen, und ein wirtschaftlicher Nutzen war nicht in Sicht.

**SPIEGEL:** Sie waren deswegen aber nicht knapp bei Kasse?

**Hausfeld:** Na ja, schon. Wenn ich jungen Kollegen heute erzähle, dass ich damals 5200 Dollar verdiente, dann sagen die: „Pro Woche, oder?“ Nein, das war mein

Das Gespräch führte der Redakteur Nils Klawitter.

Jahressalär. Nur weil meine Frau Lehrerin war, kamen wir über die Runden.

**SPIEGEL:** Profitieren Sie von diesen frühen Jahren, wenn Sie heute etwa Klagen gegen VW wegen der Schummelsoftware vorbereiten?

**Hausfeld:** Ja, diese Fälle haben meine juristischen Fertigkeiten geschärft, ich habe durch sie ein dickes Fell bekommen, aber auch gespürt, wie wichtig Empathie den Betroffenen gegenüber ist. Zu Volkswagen: Es ist die eine Sache, einen Fehler zu machen. Das macht jeder. Eine andere Sache ist es, fortlaufend weiter zu lügen und zu täuschen. Volkswagen hat ja nicht nur betrogen und damit der Umwelt und den Kunden geschadet. Jetzt kommt die absurde Lüge hinzu, in Europa gar nicht manipuliert und Gesetze verletzt zu haben – und das, obwohl Herr Winterkorn gerade vor dem Bundestags-Untersuchungsausschuss von „illegaler“ Software sprach. Das ist pure Arroganz.

**SPIEGEL:** Wann haben Sie sich gesagt, das ist unser Fall?

**Hausfeld:** Das hat etwas gedauert. Wir wollten erst ganz sicher sein, was da dran ist. Wir haben uns mit dem Energie- und Umweltministerium ausgetauscht und mit der Umweltbehörde. Und wir haben erst geklagt, nachdem die amerikanischen Behörden gegen VW vorgegangen waren.

**SPIEGEL:** VW behauptet, noch immer die Umstände des Skandals aufzuklären. Dies sei inzwischen ungläubhaft, beschied gerade das Landgericht Hildesheim.

**Hausfeld:** Sie tricksen. Sie haben die renommierte US-Kanzlei Jones-Day mit der Aufklärung beauftragt. Die Veröffentlichung von Ergebnissen zögern sie aber hinaus. Jetzt sieht es so aus, als wollten sie den ganzen Bericht unter Verschluss halten. Sie wollen sich so offenbar bis Ende 2018 durchmogeln, wenn die Schadensersatzansprüche verjähren.

**SPIEGEL:** Sie sagen, die Schummelsoftware war nicht nur Betrug. Die Wagen hätten nie auf europäischen Straßen rollen dürfen, weil sie gegen die EU-Vorgaben zur Typengenehmigung verstoßen haben. VW sieht das anders und scheint den Fehler nun mithilfe der deutschen Behörden und des Verkehrsministers wiedergutmachen zu dürfen, mit Nachrüstungen. Wenn Sie an die Auseinandersetzung beim Thema NS-Zwangsarbeiterentschädigung denken: Kommt Ihnen diese Zusammenarbeit zwischen Teilen der Regierung und der Industrie bekannt vor?

**Hausfeld:** Auf eine bestimmte Art kommt mir das vertraut vor, und in beiden Fällen

hat das einen schalen Beigeschmack. Die Abschaltvorrichtung hatte ja einen Zweck: Sie war das Mittel, den Mythos vom „Clean Diesel“ in die Welt zu setzen. Nur damit waren die Marktanteile zu gewinnen, die nötig waren, um Toyota als Nummer eins verdrängen zu können. Es gibt aber keine sauberen Diesel.

**SPIEGEL:** Gerade verglichen Richter am Landgericht Hildesheim VWs Schummelmotor mit der Beimischung von Pferdefleisch in Lasagne. Und sie stellten auf den Verstoß gegen die Typengenehmigung ab.

**Hausfeld:** Das war hilfreich, denn das Urteil sagt klar, dass hier kein Kavaliärsdelikt vorliegt, sondern eine Straftat, Betrug. Und dafür ist Schadensersatz fällig.

**SPIEGEL:** Vor einigen Monaten schienen Sie noch rücksichtsvoller. Da die Existenz von VW auf dem Spiel stehe, sei es vorstellbar, nur den Wertverlust der betroffenen Fahrzeuge zu ersetzen, hieß es. Inzwischen allerdings empfehlen Sie Ihren Klienten in

keine Sammelklagen wie in Amerika gibt, die bei Klageerfolg jedem Betroffenen automatisch einen Anspruch verschaffen, brauchen wir jemanden, der die Kläger bündelt. Das macht myRight. Da wir die juristische Expertise in solchen Großverfahren haben, arbeiten wir aber auch schon in London, Irland und Australien an VW-Klagen mit...

**SPIEGEL:** ...und minimieren Ihr Risiko durch eine Zusammenarbeit mit dem Prozesskostenfinanzierer Burford. Tritt hier die Klageindustrie an?

**Hausfeld:** Nein, das ist üblich – und verglichen mit dem Schaden durch VW sind die Kosten überschaubar. Burford wird rund 30 Millionen Euro für die Verfahren in Deutschland bereitstellen. Wir rechnen unsere Kosten mit denen nach Stundensätzen ab. Für die Klienten hat das Ganze aber auch Vorteile: Sie zahlen nur im Erfolgsfall 35 Prozent der Schadensersatzsumme als Gebühr. Selbst die Stiftung Warentest hat das als interessantes Angebot bewertet. Wir klagen zudem ausschließlich direkt gegen VW, nicht gegen irgendwelche Händler.

**SPIEGEL:** VW arbeitet mit den Anwälten von Freshfields zusammen, einer der größten Kanzleien der Welt. Sie haben mal gesagt, Ihnen fehle der Stallgeruch für die juristische Upperclass. Inzwischen hat Ihre Kanzlei selbst acht Standorte, ist in London, Brüssel und Berlin vertreten. Sind Sie womöglich längst Establishment, ohne es gemerkt zu haben?

**Hausfeld:** Bloß nicht. So haben wir uns zumindest nie gefühlt. Gucken Sie sich um hier in diesem Berliner Altbau. Hier sind keine Marmorböden, keine Säulengänge – höchstens noch

Wanzen, weil sich hier mal die chinesische Botschaft befand. Ich kenne mich auch immer noch nicht mit Luxusjachten aus.

**SPIEGEL:** Ihr Vater, ein jüdischer Kürschner, ist nach dem Überfall der Nazis 1939 aus Polen geflohen, Verwandte von Ihnen sind Opfer des Holocaust geworden. Ihnen wurde vorgehalten, die Klagen gegen deutsche Unternehmen seien eine persönliche Wiedergutmachung.

**Hausfeld:** Das trifft nicht zu.

**SPIEGEL:** Sie hätten Grund dazu gehabt.

**Hausfeld:** Wäre ich ohne die Flucht anders geworden? Ich glaube nicht. Sicher, Verfahren in Deutschland sind vielleicht emotionaler für mich. Sie sind mit Erinnerung verbunden, und die schmerzt.

**SPIEGEL:** Wie haben Ihre Eltern vor der Flucht gelebt?



**VW-Akten von myRight:** Tritt die Klageindustrie an?

Europa, diese Autos so schnell wie möglich loszuwerden, warum?

**Hausfeld:** Weil ein kompromissloser Kurs offenbar das Einzige ist, was VW versteht. Der Konzern bietet bisher nur ein paar Almosen, weigert sich aber, Schadensersatzansprüche der 8,5 Millionen Kunden in Europa anzuerkennen. Juristisch setzen sie auf Konfrontation, weil sie damit rechnen, dass viele vor einer Klage zurückschrecken. Unternehmen wie VW, die sich einer angemessenen Entschädigung verweigern, nennen wir „Zwing-mich-Konzerne“.

**SPIEGEL:** Sie arbeiten mit dem Dienstleister myRight zusammen, der Kläger für Sie sammelt. Wie viele gibt es schon?

**Hausfeld:** Über myRight sind es schon über 20 000 VW-Kunden in Europa. Da es hier



WALTER FRENTZ / JULSTEIN BILD

**NS-Zwangsarbeiter bei Raketenproduktion in Thüringen 1944:** Gewisses Maß an Gerechtigkeit

**Hausfeld:** Mein Vater lernte meine Mutter ja erst in Amerika kennen. Er lebte mit seiner Familie vor der Flucht in einem kleinen Dorf im Südosten Polens. Meine Großmutter war Milchverkäuferin, mein Großvater handelte mit Pelzen. Während mein Vater Glück hatte und flüchten konnte, kam einer seiner Brüder im Holocaust um. Geredet hat mein Vater über diese Zeit lange kaum, genauso wenig wie mein Onkel Wolf über seinen hinkenden Gang. Er hatte als Kind in Auschwitz einen Schuss ins Bein abbekommen und das Lager dennoch überlebt.

**SPIEGEL:** Sie haben Schweizer Banken verklagt und ihnen vorgeworfen, im Zweiten Weltkrieg das Vermögen ihrer jüdischen Kunden unterschlagen zu haben. Anders als einige andere beteiligte Rechtsanwälte nahmen Sie kein Honorar dafür, warum nicht?

**Hausfeld:** Es ging in dem Fall der Banken um eine Art ultimativen, endgültigen Raub, und ich empfand unsere Arbeit daran als Ehrenamt, als das Mindeste, was wir tun konnten.

**SPIEGEL:** Es war wohl aber auch der Zeitpunkt, an dem das Nischendasein Ihrer Kanzlei endgültig vorbei war?

**Hausfeld:** In der Tat. Es kam dann schnell der nächste große Fall, die Apartheidopfer. Wir haben uns Unternehmen vorgenommen, amerikanische und europäische, die mit dem Regime, der Polizei und den Sicherheitskräften zusammengearbeitet haben.

**SPIEGEL:** Sie verloren allerdings, warum?

**Hausfeld:** Die Verhandlungen dauerten vom Jahr 2000 bis voriges Jahr. Dann entschied der Supreme Court, dass Menschenrechtsfälle außerhalb der USA auch außerhalb verhandelt werden müssten. Wir dachten, mit dem Alien-Tort-Claims-Act hätten wir eine sichere Rechtsgrundlage für solche Ansprüche in den USA, es war eine riesige Enttäuschung.

**SPIEGEL:** Wie entscheidend ist heute die mediale Begleitung von Rechtsstreitigkeiten?

**Hausfeld:** In bestimmten Fällen ist das nötig. Nehmen Sie etwa die Fälle der Ex-Football-Profis, für die wir wegen der

## „Ich musste Sachen verpfänden. Im Grunde war das ein unverantwortliches Risiko.“

Langzeitwirkungen von Gehirnerschütterungen klagten. Es ging da um Sportler, die nicht mehr viel hatten außer einer angeschlagenen Gesundheit. Das müssen Sie der Öffentlichkeit erklären. Ein anderes Beispiel ist die Klage gegen deutsche Unternehmen und die deutsche Regierung wegen der Zwangsarbeiterentschädigung. Die haben wir ja verloren. Doch es gab – ohne unser Zutun – so einen medialen Druck, dass zumindest ein Fonds zustande kam, der ihnen ein gewisses Maß an Gerechtigkeit zuteilwerden ließ. Manchmal kannst du gewinnen, selbst wenn du verloren hast.

**SPIEGEL:** Ist aus diesem jahrelangen Ringen etwas zurückgeblieben?

**Hausfeld:** Zum Bittersten gehörten die Antworten vieler Unternehmen auf die Entschädigungsgesuche der Zwangsarbeiter. Vielfach hieß es: Wir schulden ihnen nichts. Sie waren faul, haben nicht hart gearbeitet und hatten immer Hunger.

**SPIEGEL:** Im Jahr 2008 setzten Ihre Kollegen Sie vor die Tür ...

**Hausfeld:** ... nach 37 Jahren. Wir waren zuletzt nicht mehr einig über die Ausrichtung der Kanzlei. Dass sie aber in einer Nacht- und-Nebel-Aktion den Sozietätsvertrag ändern würden, um mich rauszuwerfen, hätte ich nicht für möglich gehalten.

**SPIEGEL:** Auf Ihrem Stuhl lag eine Notiz, Sie hätten sofort das Büro zu verlassen und dürften nichts mitnehmen. Was ging Ihnen da durch den Kopf?

**Hausfeld:** Enttäuschung. Große Enttäuschung. Es war eine Lähmung, sie verweigerten mir ja das Gespräch.

**SPIEGEL:** Sie waren damals Anfang sechzig und hätten aufhören können. Woher kam die Energie für einen Neustart?

**Hausfeld:** Keine Ahnung. Das alles war mir an die Nieren gegangen. Meine Frau und ich sprachen mit den Kindern: Wenn ich weitermache, sagte ich, muss ich alles nehmen und es ins Geschäft einbringen. Wir hatten kein großes Vermögen, ich musste Sachen verpfänden, Hypotheken aufnehmen. Im Grunde war das ein unverantwortliches Risiko.

**SPIEGEL:** Viele Ihrer Verfahren laufen mehrere Jahre wie etwa das gegen die Deutsche Bank wegen verzögerter Ausführung von Kundenaufträgen auf deren Handelsplattform.

**Hausfeld:** Ja, das schwebt. Und das Warten kann schon zermürben. Aber mitunter zahlen die Banken ja auch, wie etwa im Fall der manipulierten Devisenmarktgeschäfte.

**SPIEGEL:** Kofinanzieren Ihnen die Banken also die komplizierteren Menschenrechtsfälle?

**Hausfeld:** Das sage ich ihnen manchmal, ja. „Danke für Ihre Hilfe, Sie tragen zu sozialer Gerechtigkeit bei.“

**SPIEGEL:** Gibt es Unternehmen, für die Sie nicht arbeiten würden?

**Hausfeld:** Ja.

**SPIEGEL:** Ölkonzerne?

**Hausfeld:** Die gehören dazu, wie auch einige Chemieriesen.

**SPIEGEL:** Autokonzerne?

**Hausfeld:** Sie werden lachen, wir vertreten welche.

**SPIEGEL:** Gegen deren Kunden?

**Hausfeld:** Nein. Da geht es um Kartellklagen wegen Preisabsprachen bei Lieferanten.

**SPIEGEL:** Herr Hausfeld, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.